

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 970

Rubrik: Blogs, Rede & Widerrede

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blogs Rede Widerrede

von zwei Lesern

Juni 2009

Andreas Fagetti, St. Gallen, Leserbrief zu «Aufgewacht? Die Folgen der Finanzkrise»
Nr. 969 «Schweizer Monatshefte», S. 19 ff.

Wenn alle schuldig sind, ist niemand verantwortlich

«Alles löst sich derzeit im Wir auf. Wir alle waren doch gierig und sind daher mitschuldig an der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir alle rannten doch wegen jedem Bobo zum Arzt und sind daher mitschuldig an den explodierenden Gesundheitskosten. Es gibt den linken Aphorismus: die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Den könnte man in diesen Tagen abwandeln: die Erfolge werden individualisiert, die Misserfolge kollektiviert. Dieses simple Deutungsmuster erfreut sich derzeit grosser Beliebtheit. Selbst in den letzten «Monatsheften» zur Finanzkrise wird nun die Argumentationsfigur (zumindest im Auftakt) vorgeschoben, wir alle seien letztlich mitverantwortlich für die Krise. Das ist falsch. Denn Verantwortung ist ans Individuum gekettet, nicht an eine anonyme Masse. Individuelle Freiheit ohne Verantwortung – das wäre etwa so, als würde man einem Amokläufer eine geladene Uzi in die Hand drücken. Wenn alle schuldig sind, ist niemand verantwortlich.

Das derzeitige Verhalten weiter Teile der westlichen Eliten erinnert in diesen Krisenmonaten ohnehin in vielem an das der kommunistischen Nomenklaturen. Für die Konsequen-

zen ihres Fehlverhaltens hatten nicht jene geradezustehen, sondern das sogenannte Volk – selbst nach dem kläglichen Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus nicht, im Gegenteil zählten sie in aller Regel zu den Krisengewinnern.

Es sei daran erinnert, was jetzt viele Verantwortliche gerne vergessen machen würden: es gibt immer noch Menschen, die bewusst auf hohe Renditen verzichten; es gibt immer noch Menschen, die ihre Hypotheken abbezahlen, weil sie nicht Zinssklaven bleiben möchten. Und es gibt nach wie vor Menschen, die den höchsten Selbstbehalt in Kauf nehmen und den Arzt bloss im Ernstfall aufsuchen. Diese lebenszugewandten Puristen bedienen sich nicht nach Lust und Laune im Gesundheitswarenhaus, sie lassen sich nicht unnötige Versicherungs- und Finanzprodukte aufschwätzen und schon gar nicht lassen sie sich vom Renditewahnsinn mitreissen und von einfältiger Ideologie täuschen. Wer die Freiheit liebt, sollte auf diese geerdeten Menschen bauen und bestimmt nicht auf jene, die jetzt die Ursachen der Krise in verantwortungsfeindlicher Manier deuten.»

Juni 2009

Florian Rittmeyer, Genf, Leserbrief zu «Wieviel Politik verträgt die Geschichtsschreibung?»
Nr. 969 «Schweizer Monatshefte», S. 14 f.

Intellektueller Wettbewerb der Interpretationen

«Der Jurist Stefan Schürer hat recht: historische Wahrheit ist ein Mythos und jeder Versuch seitens staatlicher Instanzen, der Vergangenheit einen offiziellen Stempel aufzudrücken, ist abzulehnen. Monopole der Deutung der Vergangenheit widersprechen liberalem Denken und ersticken Debatten, von denen die Geschichtsschreibung lebt.

Wenn Schürer argumentiert, der Staat versuche zunehmend, eigene historische Wahrheiten festzusetzen, so werden jedoch einige grundsätzliche Überlegungen zur Deutung der Vergangenheit vernachlässigt. Dokumente, auf die sich Historiker auf ihrer Suche nach der historischen Wahrheit stützen, stammen meist aus staatlicher Aufbereitung. Wirtschaftsdaten, demographische Zahlen, Datenbanken, Rechtsdokumente: sie alle sind Resultate staatlicher Informationsaufbereitung.

Politiker sollen das Feld professionellen Historikern überlassen. Diese sollen auf Basis ihrer Unabhängigkeit die Grundlage für verschiedene Interpretationen liefern.

Geschichte lebt vom Pluralismus der Meinungen und vom intellektuellen Wettbewerb der Interpretationen. Mögen die überzeugendsten Argumente und die besten Beweise gewinnen! Wer trotz erdrückender Beweislast den Mord an den Juden leugnet, stellt sich selbst ins Abseits. Ob es ein Gesetz braucht, das eine öffentliche Leugnung unter Strafe stellt, ist hinwiederum eine andere Frage.

Rehabilitationen widerspiegeln neue Machtkonstellationen und die Interessenpolitik der Gegenwart. Gleichzeitig ermöglicht ein grösserer zeitlicher Abstand zu Geschehnissen auch einen nüchternen Blick auf die Vergangenheit. Dass dabei ideologische Einflüsse keine Rolle spielen, bleibt Wunschdenken. Die Rehabilitierung der Spanienkämpfer ist eine moralische Wiedergutmachung und deswegen nicht unbedingt falsch – obwohl die Brigadisten ihre Einbindung in den politischen Mainstream mit Sicherheit abgelehnt hätten. Auf dass die Debatte ewig weitergehe!»